

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiff, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 30. Juli 1932

36. Jahrgang

Nummer 31

An die deutsche Arbeitnehmerschaft!

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Deutscher Beamtenbund

Können die Barone und Hitler den Kapitalismus retten?

Im Jahre 1929 wurden in Deutschland für etwa 75 Milliarden Reichsmark Güter produziert, ohne daß damit die vorhandene Produktionskraft voll ausgenutzt worden wäre. Nach der gegebenen Leistungsfähigkeit wäre auch eine Erzeugung von 80 oder 90 Milliarden sehr wohl möglich gewesen.

In der Gegenwart ist die Jahresleistung der deutschen Volkswirtschaft auf nicht viel mehr als 40 Milliarden zusammengeschrunken. Unter Berücksichtigung der gesunkenen Preise beträgt der Mengenrückgang mindestens ein Drittel. Warum das? Keine Naturkatastrophe hat uns die Produktionsmöglichkeiten erschlagen, kein Nachlassen der Arbeitsfähigkeit oder des Arbeitswillens ist die Ursache. Die Sachfaktoren für die Gütererzeugung sind noch im gleichen Maße vorhanden wie in der Konjunkturzeit. Sind etwa die Menschen zu dem Entschluß gekommen, weniger zu verbrauchen und deswegen die Erzeugung einzuschränken? Ganz im Gegenteil: Alle verzweifeln und lehnen sich auf gegen die sozialen Nöte, die der Einschränkungsvorgang mit sich bringt.

Warum also wird nicht mehr produziert? Warum darben die Menschen und lassen dennoch die Produktionsmöglichkeiten brachliegen? Weil es ihnen die kapitalistische Wirtschaftsverfassung nicht erlaubt. Weil dieses Wirtschaftssystem vollkommen unfähig und unbrauchbar geworden ist und die Menschen sich noch nicht dazu entschließen können, die Wirtschaft auf anderer Grundlage zu organisieren.

Niemals in der mehr als hundertjährigen Geschichte des kapitalistischen Wirtschaftens ist der irrsinnige „Mangel aus Überfluß“ so sichtbar gewesen als heute. Wie in Deutschland, so in der ganzen Welt. Ein ökonomisches Massensterben geht durch alle Volkswirtschaften. Rohstoffe verkommen, Acker veröden, Fabriken zerfallen, Maschinen verrotten und die Menschen irren existenzlos und verzweifelt auf den Straßen umher.

In den Getreideländern läßt man massenhaft das Korn verfaulen oder brennt die Fluren der reifen Frucht einfach ab, das ist nämlich billiger, als erst noch die Ernte zu bergen, um sie dann wegen Absatzmangel verkommen lassen zu müssen. Die Baumwoll-Organisationen Amerikas haben angeordnet, daß jede dritte Reihe der Baumwollstauden nicht mehr abgeerntet werden soll. In Texas sind die Delttürme von Regierungstruppen besetzt, die alle Quellen gewaltsam geschlossen halten. Die brasilianische Regierung stürzt viele Millionen Safrankaffee ins Meer oder läßt ihn zu Britkaffee verarbeiten. Die Kautschukverbände haben einen Pflanzenschädling gezüchtet und in den Plantagen angelegt, um die Gummibäume zum Verderben zu bringen.

Aber alle diese und ähnliche Anschläge gegen den überprudelnden Segen der Natur bringen nicht den erhofften Erfolg. Die unverkäuflichen Rohstoffvorräte werden nicht weniger. So viel man die Produktion auch abdrosselt, sie bleibt immer noch zu groß, weil der Verbrauch der Völker noch schneller zurückgeht. Mit unerbittlicher Konsequenz arbeitet das System nach den Gesetzen seiner eigenen Mechanik. Einschränkung der Produktion heißt Arbeiterentlassungen und Vernichtung von Kaufkraft. Verminderung von Kaufkraft heißt Absatzrückgang. Absatzrückgang heißt wiederum neue Produktionseinschränkung.

Aus diesem höllischen Zirkel findet das System nicht mehr heraus und die kapitalistische Wirtschaftsführer und Staatsmänner stehen völlig rat- und hilflos der beispiellosen Zerstörung gegenüber, die der toll gewordene Kapitalismus anrichtet. Im Zeitraum eines Jahres ist der Welthandel auf die Hälfte zu-

sammengesunken. Die einzelnen Staaten vertriehen sich vor dem drohenden Untergang hinter dem eingebildeten Schutz erhöhter Zollmauern, radikaler Einfuhrsperren und anderer Handelshemmnisse. Obwohl doch jeder weiß, daß damit das allgemeine Unheil nur noch vergrößert wird. In mehr als zwei Duzend Ländern ist die Währungsgrundlage teils zusammengebrochen, teils freiwillig verlassen worden. In anderen Ländern wird durch eine Devisenzwangswirtschaft in gleicher Weise der Kreislauf der Weltwirtschaft unterbunden und Blutleere in der eigenen Volkswirtschaft erzeugt. Über den öffentlichen Kasernen nisten die Pleitegeier ebenso wie über den Unternehmungen der Privatwirtschaft.

Das kapitalistische System steckt in einer so verzweifeltsten Klemme, daß die Bedingungen für den Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem niemals so günstig waren als heute. Was vom Standpunkt einer normal funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft aus unmöglich erscheint, einen schnellen Systemwechsel vorzunehmen, ohne den Wirtschaftsertrag zu schmälern, das ist heute angesichts der Fülle von brachliegender Produktionskraft kein Problem mehr. Soweit es sich nur um die technische und organisatorische Seite der Aufgabe handelt, wäre es kinderleicht, mit den vorhandenen Sachfaktoren die Gütererzeugung und die allgemeine Versorgung sofort zu vergrößern. Die Frage ist nur, ob die politische Entschlußkraft dafür aufzubringen ist, ob es gelingt, die Politik in diese Richtung zu stoßen.

Die Reichstagswahl soll Aufschluß darüber geben, wie es bei uns mit dieser Aussicht bestellt ist. Die Papen-Regierung der Barone hat sich mit dankenswerter Offenheit beeilt, ihren wirt-

schaftlichen und sozialen Kurs festzulegen. „Anpassung der Verhältnisse an die Armut der Nation“, heißt die Formel und „Abbau des Wohlfahrtsstaates“. Also nicht die Vergrößerung der Versorgung durch Mobilisierung der produktiven Kräfte, sondern die Anpassung des Glends an die Schrumpfung der Wirtschaft. Nur um das kapitalistische Wirtschaftssystem, dem sie verhaftet ist, nicht antasten zu müssen, ist diese Regierung bereit, die Lebensmöglichkeiten des Volkes zu opfern. Und die Nazis, deren Anhänger und Wähler nach Gregor Straßer von einer „tiefen antikapitalistischen Sehnsucht“ erfaßt sind, haben ebenso wenig Zweifel darüber geäußert, daß sie gewillt sind, diesen Kurs zu unterstützen.

Frägt sich nur, wie lange die heute noch irreführenden Massen an der Nase herumgeführt werden können, bis sie es merken. Früher oder später dürfte dieser Zeitpunkt kommen, und die kapitalistischen Finanziers der Hitler-Bewegung werden sich sicher noch einmal wundern, daß die Saat, die sie ausstreuen, ganz anders aufgeht, als sie bis heute denken.

Ein ehernes Gesetz der Geschichte fordert einen anderen gesellschaftlichen Ueberbau, wenn die ökonomischen Fundamente sich verändern. Kein Zweifel, wir stehen in einer revolutionären Periode ökonomischen Systemwechsels. Die politische Entwicklung unserer Zeit bewegt sich dazu in einem viel zu unnatürlichen Gegensatz, als daß sie Bestand haben könnte. Das kapitalistische System ist dem Untergang geweiht und mit ihm sind es die politischen Mächte, die sich in der Entwicklung entgegenstellen wollen. Kurzfristige Tageserfolge können die Geschichte nicht aus ihrer natürlichen Bahn werfen. Unser ist die Zukunft! Und welche Manöver auch immer die Verteidiger eines sterbenden Systems noch versuchen mögen, sie können höchstens den Ablauf verzögern, aber nicht verhindern.

Das ist die Zuversicht, in der sich die sozialistische Arbeiterschaft auch durch vorübergehende politische Bedrückungen nicht irremachen läßt. Das ist die Zuversicht, mit der sie den Reichstagswahlkampf führt und darüber hinaus sich für den Einmarsch in die sozialistische Gesellschaftsordnung vorbereitet.

Fritz Tarnow.

Für die Eiserne Front — gegen die Wählerarbeit des Zentralkomitees der SPD

Fünf Amtswochen einer volkserfremden unsozialen Uebelregierung haben genügt, um jedem, der noch zu einer Einsicht fähig ist, die Augen zu öffnen.

Im Innern wurden die färglichen Unterhaltsgelder der Witwen und Waisen, der unverschuldeten Armut jeglicher Art, in unglaublicher Weise herabgesetzt, nach außen in Lausanne Verhandlungen über die Reparationen zu einem provisorischen Abschluß gebracht, dessen außenpolitischer und wirtschaftspolitischer Wert durch die nachträglich bekanntgewordenen Abmachungen zwischen den Hauptgläubigerstaaten wie durch den englisch-französischen Vertrauensvertrag noch sehr problematisch ist. Blätter, wie das sozialdemokratische Zentralorgan und selbst die katholische Kölner Volkszeitung, die gegen diese innen- und außenpolitische Generalprobe eines künftigen Hitler-Regiments Worte der Kritik wagten, wurden verboten. — Die sogenannte nationale Opposition von ehemals aber schwimmt über die Scheinprobe und enthüllt sich dadurch rechtzeitig genug in ihrer ganzen unehrlichen Erbärmlichkeit.

Für alles, was diese Grandseigneur-Regierung am Volke sündigt, für ihre Sozialreaktion, ihre

8. Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 21. Juli trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 8. Sitzung in Berlin zusammen, um zu der durch die Vorgänge in Preußen am 20. Juli geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen auch die Bezirkssekretäre teil, die schon am Tage vorher vom Bundesvorstand zu internen Beratungen nach Berlin berufen worden waren.

Die eingehende Aussprache ergab die einstimmige Zustimmung aller Verbandsvertreter zu der von den Spitzenorganisationen aller Richtungen erlassenen Kundgebung an die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften erblickten in den Ereignissen vom 20. Juli einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität. Sie legen im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen ein. Offenbar hat die Sorge der Reichsregierung um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber den gewaltigen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie bewogen, die preußische Regierung vom Amt zu entfernen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Ueberzeugung, daß die bisherige unparteiische Handhabung der Polizeigewalt in Preußen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer illegalen Kräfte gab.

Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht. Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbefohlene Handlung der Arbeiterschaft auch jetzt, wo ihr Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch. Der Wahltag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewußten Deutschen, insbesondere der deutschen Ar-

beiterschaft Gelegenheit geben, ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Diese Willenskundgebung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Maßnahmen sein, zu denen sich im Gegensatz zu der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes die gegenwärtige Reichsregierung gegen Preußen berechtigt fühlte.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist noch nicht bekannt. Bei der Lagerung der Machtverhältnisse ist es durchaus möglich, daß er sich gegen die Rechtsauffassung der Länderregierungen und gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird die Gewerkschaften nicht hindern, Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesausschusses wurde immer wieder hervorgehoben, daß der Wille zum Sieg in den ganzen Jahren der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den letzten Wochen, daß die Opferbereitschaft auch unter den Kerntenden der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um ein freies und demokratisches Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen sein wird, ist es doppelt notwendig, die Werksarbeit der Gewerkschaften nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die Stärkung der Organisationen zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln und ihre Widerstandskraft gegen weitere Veruche der Entrechtung von Woche zu Woche zu steigern.

Verordnungen, ihre Außenpolitik und die Unterdrückung der Pressefreiheit trägt Hitler die volle Verantwortung.

Für einige Vorteile für den eigenen Parteikader, für die Erlaubnis, ihre Parteifolks in Uniform zu stecken, und die Möglichkeit, die Lokale der sozialistischen Arbeiter zu überfallen, hat die vorgebliche nationale und sozialistische Partei Hitlers sich der Freiheit der Haltung gegen diese Regierung begeben. Ihre nachträglichen Proteste sind verspäteter, verabredeter und erkünstelter Schwagh. Sie „toleriert“ diese Reaktionsregierung nicht nur, sondern sieht keinen anderen Wunsch, als nach den Wahlen mit denselben Edelleuten aus dem Politikerkreis gemeinsame Sache zu machen und nach innen und außen deren Linie der Reaktion weiterzuführen. Die Arbeiterkassette weiß, welcher Zukunft sie entgegengeht, wenn der ersten Hitler-Verordnung weitere folgen und der Hitler-Terror legalisiert wird. Sie weiß, daß sie diese Gefahr nur abwehren kann durch geschlossenen Kampf. Es gibt kein Wort, das in ihren Versammlungen sozialer Begeisterung entfällt, wie der Ruf nach einer geschlossenen Abwehrfront der Arbeiterkassette. Zu Tausenden zählen die Arbeiter aus der kommunistischen Partei, die sich in den großen Städten an den Kundgebungen der Eisernen Front beteiligen. Und die gewerkschaftliche Zentrale, die Parteizentralen der SPD und KPD erhalten aus den Orten und Betrieben überall im Lande Unterschriftenlisten, in denen einheitlicher Kampf der gesamten Arbeiterkassette in der Stunde der höchsten Gefahr für den Fortbestand der Arbeiterbewegung gefordert wird. An der Aufrichtigkeit dieses Einigungswillens der Arbeiter besteht kein Zweifel.

Während aber die Arbeiter im Lande mit ihrem Verlangen sich voll Vertrauen an die Gewerkschaftsleitung wenden, hält die kommunistische Parteiführung diese Zeit der Gefahr für die Arbeiterbewegung offenbar für besonders geeignet, um die schärfsten Angriffe gegen die Gewerkschaften zu richten. Am 22. Juni schrieb die Rote Fahne unter ausdrücklichem Bezug auf die ADGB-Führer: „Es gibt für die Kommunisten keinen Frieden mit Veräthern und Feinden der Arbeiterklasse.“ Das heißt, das kommunistische Zentralorgan hält es für zweckmäßig, den gleichen Stellen den Krieg zu erklären, in dem Augenblick, wo an diese von den Arbeitern aus allen Teilen Deutschlands der Ruf zur Schaffung der Einheitsfront ergeht. Was sich aber die kommunistische Parteiführung unter dem Kampf um die Einheitsfront vorstellt, das zeigt unzweideutig das geheime Rundschreiben Nr. 11 des Zentralkomitees der KPD vom 4. Juni 1932 an die Vertrauensleute der kommunistischen Partei. Dort wird gesagt:

In unserer gesamte Politik, wie auch in der Führung des Wahlkampfes, bleibt nach wie vor die strategische Orientierung ausschlaggebend, wonach wir den Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie führen müssen. Gegenüber den böswilligen Verleumdungen des Klassenfeindes über eine angebliche Wendung prinzipieller Art in unserer Strategie und Taktik müssen wir bei jedem kommunistischen Klarheit darüber schaffen, daß uns die Linie unserer Klassenpolitik dazu verpflichtet, vor allem die Sozialdemokratie zu isolieren, ihr Arbeiter abzunehmen, weil das die wichtigste Voraussetzung für den Sieg über die Bourgeoisie, über den Hauptfeind, ist. Diese strategische Orientierung des Hauptstoßes in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie bedeutet jedoch keineswegs, daß wir in unserer Agitation und Propaganda plump und schematisch die Entlarvung der SPD allen anderen Fragen voranstellen.

Wir schlagen die SPD am besten, indem wir die SPD-Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, gegen das Unternehmertum, gegen die imperialistische Kriegshege gewinnen.

Nur durch die Herausarbeitung und Klarstellung unseres Charakters als antifaschistische, antikapitalistische Partei können wir wirklich erfolgreich die Sozialdemokratie berennen. Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie bedeutet nicht unausgesetztes „Geschrei“ gegen die SPD, sondern vor allem selbständige Organisierung des Klassenkampfes, wodurch wir die SPD-Arbeiter zu uns herüberziehen und die SPD isolieren.

Dieses Schreiben ist so offenkundig, daß es das Lesen zwischen den Zeilen erparat und Erläuterungen überflüssig macht. Es enthält das nicht mehr zu leugnende Eingeständnis, daß die kommunistische Parteiführung sich der Lösung „Einheitsfront“ als Waster bedient, um den „Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie“ zu richten — d. h. gegen die größte Arbeiterpartei, ohne die eine Einheitsfront der Arbeiter nicht denkbar ist.

Fügen wir zu allem Ueberfluß noch hinzu, was der Parteiführer Thalmann als Begriff der „antifaschistischen Aktion“ im Leitartikel der „Roten Fahne“ vom 25. Juni niederlegt:

„Antifaschistische Aktion — das heißt unermüdliche tägliche Entlarvung der schändlichen Verräterrolle der Führer der SPD und des ADGB, die sich gerade jetzt als die schmutzigsten Helfer des Faschismus offenbaren.“

Wir sind überzeugt, daß die zahllosen Massen von Arbeitern, denen es um die Einigung wirklich ernst ist, sich die Einheitsfront anders vorstellen, als Thalmann und das Zentralkomitee seiner Partei. Sie werden daraus erkennen, daß die sicherste Gewähr für einen geschlossenen Kampf die **Eiserne Front** ist, die auch in dieser schweren Zeit die Einigkeit der Arbeiter am stärksten verkörpert.

Arbeitsrechtliche Bilanz der Demokratie

Die in der Weimarer Reichsverfassung gewährleisteten demokratischen Rechte des deutschen Staatsbürgers sind durch die Entwicklung der politischen Verhältnisse nicht nur gefährdet, sondern sogar bedroht. Leider ist es vielfach auch in der Arbeiterklasse selbst bis heute noch nicht begriffen worden, welche Rechte sich aus dieser Verfassung für den Staatsbürger im einzelnen ergeben. Die nachfolgende Darstellung soll nur einen Ueberblick über die arbeitsrechtliche Bedeutung der deutschen Demokratie geben.

Für die Regelung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist von ausschlaggebender Bedeutung die **Anerkennung der Gewerkschaften**. Denn nur durch den Zusammenschluß der Arbeitskraft können die Arbeiter den Arbeitgebern gegenüber gleichberechtigt auftreten. Im Artikel 165 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung sind die Gewerkschaften verfassungsmäßig anerkannt worden.

Die Anerkennung der Gewerkschaften allein ist nicht genügend. Es ist auch nötig, jedem Arbeiter die ungehinderte Möglichkeit zu geben, Gewerkschaftsmitglied zu werden, ohne daß ihm aus diesem Grunde sein Arbeitgeber Schaden zufügen kann. Diesen Schutz enthält Artikel 159 der Reichsverfassung, wonach alle Abreden und Maßnahmen, die Gewerkschaftszugehörigkeit einzuschränken oder zu behindern, rechtswidrig sind. Trotz dieses sehr weitgehenden verfassungsmäßigen Schutzes der Gewerkschaftszugehörigkeit haben von mehr als 20 Millionen Arbeitern kaum mehr als der vierte Teil den Weg zur Gewerkschaft gefunden.

Ist man aber Gewerkschaftsmitglied geworden, so gehört dazu, um sich in den Gewerkschaften zu betätigen, auch die **Meinungsfreiheit**, ebenso wie ja für das Gewerkschaftsmitglied auch die politische Meinungsfreiheit gewährleistet sein muß. Das ist durch Artikel 118 der Reichsverfassung gesichert. An dieser Meinungsfreiheit darf der Arbeiter kein Arbeitsverhältnis hindern. Niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.

Hauptzweck der Gewerkschaften ist die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf kollektiver Grundlage, um auf diese Weise dem einzelnen Arbeiter gute Arbeits- und Lebensbedingungen zu sichern und um zu verhindern, daß der Arbeitgeber seine wirtschaftliche Uebermacht gegenüber den Arbeitern bei der unmittelbaren



Verhandlung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu seinen Gunsten auszunutzen kann. Daher war es notwendig, in der Reichsverfassung nicht nur die Gewerkschaften selbst, sondern auch die unmittlere und unabdingbare Wirkung der Tarifverträge anzuerkennen. Das ist wiederum im Artikel 165 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung geschehen. Die Einzelheiten enthält die Tarifvertrags-Verordnung. Hiernach kann auch durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Rechtsanspruch auf die tariflichen Arbeitsbedingungen Gewerkschaftsmitgliedern gewährleistet werden, die bei unorganisierten Arbeitgebern tätig sind, ebenso auch den unorganisierten Arbeitern.

Es würde nicht genügen, wenn die Gewerkschaften die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer durch Arbeitskämpfe erzwingen müßten. Vielmehr hat der Staat die Aufgabe, seinerseits als sozialer Staat die Regelung der Arbeitsbedingungen vorzunehmen, wenn die Vereinbarung derselben auf dem Verhandlungswege zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden scheitert oder wenn die Gewerkschaft nicht kampftüchtig ist. Daher ist im Artikel 165 Absatz 1 Satz 1 der Reichsverfassung allen Arbeitern die gleichberechtigte Mitwirkung in der Wirtschaft gewährleistet und als Ausfluß dieses verfassungsmäßigen Rechtes das Schlichtungswesen entstanden, wo durch Fällung von Schiedssprüchen, und wenn diese Schiedssprüche nicht von den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften anerkannt werden, durch Auspruch der Verbindlichmachung sogenannte Zwangstarifverträge geschaffen werden können, die dieselbe Rechtswirkung haben wie freiwillig abgeschlossene Tarifverträge.

Aber diese gleichberechtigte Mitwirkung in der Wirtschaft wäre nicht ausreichend gewährleistet, wenn nicht auch in den Betrieben selbst den Belegschaften Möglichkeiten für die Durchsetzung des im Artikel 165 Absatz 1 Satz 1 der Reichsverfassung gewährleisteten Rechtes eröffnet worden wären. Daher bestimmt Artikel 165 Absatz 2 der Reichsverfassung, daß Betriebsräte zu schaffen sind, die die Aufgabe haben, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Belegschaft gegenüber dem Arbeitgeber wahrzunehmen und zu vertreten. Das Betriebsrätegesetz, das Gesetz über die Betriebsbilanz und Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung sowie das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat stellt die Erfüllung dieser verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter auf Mitwirkung dar. Die Betriebsstilllegungs-Verordnung bildet hierzu eine wertvolle Ergänzung.

Diese sämtlichen gewährleisteten Rechte und Rechtsansprüche wären allein nicht ausreichend. Es ist auch nötig, ihre Durchführung so weitgehend wie möglich sicherzustellen. Dazu bedarf es eines einheitlichen und übersichtlichen Rechtsweges, wo die Arbeiter bei den Entscheidungen mitwirken haben und durch ihre Gewerkschaften auch die Prozessvertretung für die Gewerkschaftsmitglieder übernehmen können. Zu diesem Zweck ist das Arbeitsgerichtsgesetz geschaffen worden, das in räumlicher, persönlicher und sachlicher Zuständigkeit eine vollkommen erschöpfende Vereinheitlichung der Rechtspflege in Arbeitsfragen darstellt. Niemand kann daher mehr als Arbeiter seiner Rechtsansprüche infolge Unkenntnis des Rechtsweges verlustig gehen.

Es wäre in dieser Darstellung auch noch möglich gewesen, auf eine Reihe anderer gesetzlicher Bestimmungen einzugehen; aber es genügt für den Zweck derselben, auf diese Hauptteile des kollektiven Arbeitsrechtes hinzuweisen. Alle diese aus-schlaggebenden Rechte der Arbeiter in arbeitsrechtlicher Beziehung verdanken wir allein dem demokratischen Staat, ohne den die Arbeiter diese Rechte nie bekommen haben würden. Es ist gewiß richtig, daß diese Rechte im einzelnen noch lange nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllen. Aber es ist leider so, daß man die bedauerliche Tatsache feststellen muß, daß die Mehrzahl der Arbeiter die Bedeutung der Demokratie und des kollektiven Arbeitsrechtes niemals richtig oder überhaupt nicht begriffen hatte. Hätten die 20 Millionen Angehörigen der Arbeiterklasse erkannt, daß demokratische Republik und kollektives Arbeitsrecht ihre alleinigen Waffen im Kampf um die Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, dann würde die Gefährdung der Demokratie und damit auch des kollektiven Arbeitsrechtes, die man ja nunmehr verzeichnen muß, überhaupt nicht möglich geworden sein. Wenn viele Tarifverträge die Wünsche der Arbeiter nicht erfüllen haben, wenn das Schlichtungswesen so oft versagt hat, wenn Arbeiter mit vermeintlichen Rechtsansprüchen von den Arbeitsgerichtsbehörden abgewiesen werden, so ist dies eben auch allein darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter durch Gleichgültigkeit und Unverständnis von den ihnen durch den demokratischen Staat verliehenen Rechten keinen Gebrauch gemacht haben. Die Macht der Arbeiterklasse hätte sich auf Grund unserer demokratischen Reichsverfassung ungehindert entfalten können. Die Entfaltung dieser Macht wurde aber stets durch die Gleichgültigkeit der Mehrheit der Arbeiterklasse verhindert. Die demokratischen politischen Parteien, darunter vor allem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, standen seit 1918 ununterbrochen in einem schweren Kampf, zuerst um die Schaffung und sodann um die Erhaltung der demokratischen Republik. Die Folgen eines verlorenen Krieges, die internationale Wirtschaftskrise und die damit verbundene ungeheure Arbeitslosigkeit haben es immer verhindert, die Wünsche der Arbeiterklasse restlos zu erfüllen und, soweit sie erfüllt waren, bedingt, daß man im Interesse der Erhaltung der demokratischen Republik teilweise diese Rechte zwar nicht grund-sätzlich, aber tatsächlich hat abbauen müssen. Das hat den demago-

gischen und verantwortungslosen politischen Parteien von rechts und links den Anlaß gegeben, in unsachlicher Agitation die Demokratie für Zustände verantwortlich zu machen, an denen in Wirklichkeit die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die Gleichgültigkeit der Mehrheit der Arbeiterklasse schuld gewesen ist. Und in vollkommener Verneinung aller Zusammenhänge war es ein erheblicher Teil der Arbeiterklasse selbst, der den Anhang dieser verantwortungslosen demagogischen Parteien von rechts und links gebildet hat und noch weiterhin bildet. Die Anhänger dieser Parteien sehen sich aus den Schichten in der Hauptsache zusammen, die stets nur geehrt und nie gesät haben. Es wird für diese Schichten, wenn die Parteien, denen sie nachgelassen sind, etwa die Macht ergreifen, nicht mehr sehr viel zu ernten geben. Aber wie immer in der Entwicklung und im Leben müssen die Guten mit den Schlechten leiden. Die Gewerkschaftsmitglieder, denen die Bedeutung der demokratischen Republik stets klar gewesen ist, müssen unter der Unvernunft der anderen Schichten mit leiden. Aber noch und schließlich immer bestehen Möglichkeiten, dieses Schicksal zu wenden. Es gilt erneut die demokratische Republik und das kollektive Arbeitsrecht zu sichern. Die bevorstehende Reichstagswahl muß alle Gewerkschaftsmitglieder auf ihrem Posten finden. Unermüßlich muß die Aufklärung betrieben werden, denn der Ablauf der Ereignisse in der gegenwärtigen Zeit wird vielen bisher gleichgültigen und irregelmäßig arbeitenden Arbeitern die Augen öffnen. Hier wirklich nachzuhelfen und die Demokratie erneut zum Siege zu führen, ist Pflicht jedes Gewerkschaftsmitgliedes.

Woher kommt das Geld für die neue Uniform?

Die Bürgerkriegsarmee der Nazis ist nach ausländischem Vorbild neu eingekeilt worden. Man schätzt die Kosten der gesamten Ausrüstung je Mann auf mindestens 150 Mark. Bei der Annahme, daß die SA-Armee 100 000 Mann stark sei, hätten für die neue Uniform etwa 15 Millionen Mark aufgewandt werden müssen. Die Nazis geben an, daß die SA- und SS-Formationen insgesamt 400 000 Mann stark seien. Stimmt das, so würde deren Ein-leidung den riesenhaften Betrag von 60 Millionen Mark erfordern.

Wie dem auch sei, riesige Millionenbeträge werden flüchtig gemacht in einer Zeit, wo das arbeitende Volk Deutschlands eine reine Hungerkur durchmachen muß.

Daneben ist die Frage berechtigt: Von wem stammt das Geld für die Uniform? Es ist anzunehmen, daß das Großkapital und die Großgrundbesitzer dafür riesige Beträge aufgebracht haben. Ob die Summe vollständig aufgebracht wurde, steht dahin. Verdächtig ist aber, daß die Nazis den größten Eifer für die Schaffung der Arbeitsdienstpflicht an den Tag legen. Hier hoffen sie ihre SA-Männer als Antreiber und Vorgesetzte unterbringen zu können. Gelänge dieser Schachzug, oder würden sie es erreichen, daß sie alleinige Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes sind, so würde die Allgemeinheit das Geld für die neue Uniform aufbringen müssen. Diese Spekulation gründlich zu vereiteln, ist Aufgabe jedes Gegners der Bürgerkriegsarmee.

Verbrecher als Nazihelden

Am 22. Juni 1932 meldete der „Völkische Beobachter“ in großer Aufmachung aus Köln: „Hg. Wilhelm Hambücker von Kommunisten ermordet.“ Ob der tödliche Schuß, der den Hambücker traf, tatsächlich von Kommunisten abgegeben worden ist, oder ob es nicht die Kugel eines nationalsozialistischen Revolverstrahlers war, steht noch nicht einwandfrei fest. Das interessiert uns hier auch nicht weiter. Wichtiger ist die Frage: Wer war Wilhelm Hambücker? Diese Frage beantwortet die katholische „Kölnische Volkszeitung“ wie folgt:

„Hambücker ist insgesamt dreizehnmal vorbestraft, und zwar sechsmal wegen Körperverletzung, Mißhandlung, Hausfriedensbruchs, Bedrohung, Widerstand und Sachbeschädigung. Wegen Hehlerei erhielt er 4 Monate Gefängnis, wegen fortgesetzter Grenzüberschreitung 2 Monate Gefängnis, ebenso wurde er wegen verbotener Einfuhr zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt. Wegen schwerer Körperverletzung erhielt er 3 Jahre 6 Wochen Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, wegen Ausgabe falscher Banknoten 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Wegen der ersten Zuchthausstrafe konnte Hambücker nicht zum Kriegsdienst einberufen werden.“

Der Hambücker war also ein gemeiner Verbrecher. Das müssen auch die Führer der Nazipartei gemerkt haben. Sie haben es auch gewünscht, trotzdem sprach der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Schmeer aus Aachen am Grabe des Toten diesen Satz:

„In Wilhelm Hambücker verliert die deutsche Freiheitsbewegung einen ihrer besten Kämpfer.“

Hitler hat von seiner Gefolgschaft einmal gesagt, sie sei die „Partei der anständigen Leute“. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Denn Hambücker war keine Ausnahme, von Leuten seinesgleichen wimmelt es in der Nazibewegung.

Wahl-Alarm

Es bröht der Ruf an alle Wähler,
An jede Frau, an jeden Mann:
Erhebt euch gegen eure Quäler
Und tretet alle, alle an!
Ja, tretet an mit heil'gem Grimme
Zur Urne, daß sie eifern klirrt,
Weil jede, jede, jede Stimme
Jetzt Weltgeschichte schreiben wird!

Soll denn der Landsknecht jetzt regieren?
Der Junker, der Kapitalist?
Soll sich der Mord mit Lorbeer zieren?
Soll Herrscher sein der Terrorist?
Soll die Gewalt das Recht bespußen?
Soll der Revolver Richter sein?
Soll sich der freie Bürger bücken?
Soll das Kosakentum gedeih'n?

Erhebt ihr Wilhelms Polterknete?
Erhebt ihr den Kasernendrilla?
Erhebt ihr wohl die Hakenknete,
Mit der man euch kurangen will?
Die Geier freies um die Beute
Und spähen mit brutalem Blick.
Schaut auf, schaut auf, ihr Arbeitsleute,
Sonst habt ihr sie bald im Genick!

Dem Reichen wird noch mehr gegeben,
Dem Armen nimmt man noch den Rest.
Jetzt geht's um Freiheit wie um Leben,
Drum wählt, erstickt die Nasenpest!
Wehrt euch mit eisenhartem Grimme,
So daß die Wahlfront kracht und klirrt,
Weil deine, meine, jede Stimme
Jetzt Weltgeschichte schreiben wird!

V. K.

Vor 40 Jahren

Ein Jubiläum der Steinfegerbewegung

Am 2. August 1892 trat in Stettin der „Zentralverband der vereinigten Steinfegervereine Deutschlands“ zu seinem 3. Verbandstag zusammen, der zugleich sein letzter werden sollte. Denn auf diesem Verbandstag haben die damaligen organisierten Steinfegervereine den Jungfingergedanken offiziell begraben. Allerdings eben nur offiziell — innerlich hatten viele von ihnen noch immer nicht mit dem Jungfingern gebrochen. Das hat sich vielfach an manchen Stellen noch jahrelang gehalten, auf den meisten Stellen allerdings, ohne daß es deshalb zu Konflikten mit dem Gewerkschaftsgedanken kam, der in Stettin ja aus der Taufe gehoben worden war.

Aber gerade an der Stelle, wo schon Jahre zuvor um die Anerkennung des Gewerkschaftsgedankens überaus heftig gerungen worden war, kam es unmittelbar nach dem entscheidenden Verbandstag zum offenen Konflikt. Hier hatte allerdings das Jungfingertum unter den Steinfegern von je seine feste Stütze gehabt. Hier hatte der Altgefelle Louis Nolte in über 25jähriger ununterbrochener Tätigkeit den Jungfingergedanken noch einmal zu einem — man möchte sagen — gerabegu glänzenden Wiederaufleben verholfen. Freilich kam ihm dabei der bis dahin noch immer unverfälschte Kleinbürgerliche und Kleinhandwerkliche Charakter des Berliner Steinfegerwesens zu statten. Louis Nolte selbst befand sich in einer Stellung und mit ihm zahlreiche seiner engeren Gefinnungsfreunde, in der sie Arbeitslosigkeit — und selbst soweit solche jahreszeitlich bedingt war — nur wenig oder gar nicht kennengelernt hatten. Dazu kam vielfach eine für die damalige Zeit gerabegu glänzende Bezahlung, verbunden mit mancherlei nicht immer sauberen Nebeneinnahmen — so daß für diesen Personkreis die soziale Frage gelöst erschien.

Ende der achtziger und noch mehr Anfang der neunziger Jahre machten sich die ersten Anzeichen einer großkapitalistischen Entwicklung auch im Straßenbauwesen bemerkbar. Und es ist kein Zufall, daß gleichzeitig damit auch die ersten Keime des gewerkschaftlichen Gedankens bei den Steinfegern aufzugehen begannen. Naturgemäß zuerst noch recht spätlich und bei manchen Vertretern desselben auch noch reichlich unklar. Wer näheres darüber wissen möchte, sei auf mein „Geschichtsbuch“ hingewiesen.

Also der Verbandstag in Stettin hatte gesprochen. Er hatte sich mit überwältigender Mehrheit für den Bruch mit dem Jungfingern und für den Gewerkschaftsgedanken entschieden. Die Mitgliedschaft Berlin, die allein ein Duzend Delegierte zu wählen hatte, hatte fast nur Vertreter des Gewerkschaftsgedankens zum Verbandstag geschickt. Es schien also alles glatt und reibungslos voranzuföhren zu wollen. Aber das war ein Trugschluß. Schon als die Delegierten in Berlin ihren Bericht vom Verbandstag erstatteten, kam es zu einem bemerkenswerten und recht charakteristischen Zwischenfall. Es kam in diesem Bericht folgender Passus vor: „Der Name des Verbandes lautet fortbin: Zentralverband der Steinfeger und Berufsgenossen“ — da erscholl aus der Versammlung ein lautes „Oho!“ — Damit war sozusagen dem Raab ins Auge geschlagen: die „Berufsgenossenfrage“ war für die Jünstler der Stein des Anstoßes, und zwar, wie sich sehr bald herausstellen sollte, des durchaus erwünschtesten Anstoßes. Denn unmittelbar nach dieser Versammlung erfolgte die Gründung eines „Gewerkvereins der Steinfeger Berlins“ — dem sich die Mehrzahl der Steinfeger anschloß, darunter auch sehr viele, die in den vorangegangenen Jahren oftmals mit den Vertretern des Gewerkschaftsgedankens gestimmt hatten. Das war für den jungen Verband, der ohnehin noch auf recht schwachen Füßen stand, kein erfreulicher und ermutigender Anfang. Dabei glaubten wir, die Vertreter des Gewerkschaftsgedankens in Stettin doch mit aller Vorsicht verfahren zu haben. So hatten wir Berliner, um jeden Anstoß dabei zu vermeiden, auf dem Verbandstag durchgesehen, daß für die „Berufsgenossen“, das waren die Hammer- und Hülfsarbeiter, besondere Mitgliedschaften, sogenannte „Zwischen II“ errichtet werden konnten, also kein Zwang bestehen sollte, diese den jünstlerischen Elementen noch immer unwillkommenen Mitarbeiter in die bestehenden Steinfegervereine aufzunehmen. Auch das half uns nicht. Die Jünstler wollten eben ganz unter sich sein und bleiben. Nicht zuletzt — und das mutet heute vielleicht am sonderbarsten an — befürchteten die Gesellen und noch mehr natürlich die Poltere, daß im Falle der Aufnahme der „Berufsgenossen“ sie sich „von jedem Hammer und Arbeiter würden dösen lassen müssen“. — Das aber verstieß selbstverständlich gegen den jünstlerischen Ehrentod.

Es war für die dem Verbande treugebliebenen Elemente zunächst und noch auf Jahre hinaus nur ein schwacher Trost, daß an Stelle der ausgeschiedenen Jünstler ja nunmehr der Berufsgenossen der Eintritt in den Verband freistand. Einmal kamen auch diese längst noch nicht in Scharen gelaufen; auf den Baustellen dominierten ja noch immer die jünstlichen Gesellen, und diese taten selbstverständlich nicht nur nichts, um ihre ungelerten Mitarbeiter zum Eintritt in den Verband anzuregen, sondern agitierten durch Wort und Tat dagegen. Das Mißtrauen, das diese ungelerten Mitarbeiter gegen die Gesellen ohnehin schon besaßen, wurde dadurch naturgemäß nicht vermindert, sondern übertrug sich auch auf die verbandstreu Gesellen. Zum andern aber stellte auch die Mehrzahl derjenigen Berufsgenossen, die für den Verband (in Berlin) gewonnen wurden, zunächst noch keinen Zuwachs an geistiger Kraft und Stärke dar; denn es stellte sich bald heraus, daß auch diese Berufskategorie von einer Art beruflicher Voreingenommenheit befallen war, die dem Jungfingertum der Gesellen an Rückständigkeit nichts nachgab. Es ist darüber auch in späteren Jahren noch öfter zu höchst unliebsamen Zusammenstößen gekommen. Es hat über ein Jahrzehnt gedauert, bis sich diese inneren Gegensätze gänzlich ausgeglichen hatten.

Die Berliner Jünstler beschränkten ihre Tätigkeit aber nicht bloß auf Berlin. Vor allem versuchten sie in den Städten, die gleich ihnen vor dem Stettiner Verbandstag jünstlerische Traditionen gepflegt hatten, für ihre Pläne Anhänger zu gewinnen. Ganz besonders hatten sie große Hoffnungen in dieser Hinsicht auf Stettin gesetzt. Hier hatte sich neben Berlin das Jungfingertum am stärksten und reinsten erhalten. Daß der Verbandstag gerade hier getagt hatte, hatte seinen Grund darin, daß am 1. August die Stettiner Kollegen das Fest ihrer Fahnenweihe, natürlich einer solchen jünstlerischen Charakters, gefeiert hatten. In der auf den Verbandstag nächstfolgenden Monatsversammlung der Stettiner rühten daher die Berliner Jünstler mit einer richtigen Massendelegation an, in der Meinung, die ganze Mitgliedschaft Stettin ohne weiteres für ihre neue Jungfingervereine einzufangen. Darin allerdings hatten sie sich getäuscht. Bei aller Sympathie für den Jungfingergedanken, die damals noch durchaus echt war, überwog bei den Stettinern doch die demokratische Disziplin, die sie jedes Eingehen auf die neuzünstlerischen Aspirationen ablehnen ließ. Das war für die Berliner wohl eine starke Dösch, die sie von weiteren Versuchen dieser Art in so großem Stil Abstand nehmen ließ. Wie weit zu der vorbildlichen Haltung der Stettiner damals ein Schreiben des Verfassers dieser Zeilen beigetragen hat, konnte nicht mehr festgestellt werden. Festgehalten zu werden verdient aber der Umstand, daß sich damals in der „Hauptkass“ des Verbandes nicht einmal so viel Geld befand, daß der Verbandsvorsitzende hätte 4. Klasse nach Stettin fahren können, um an Ort und Stelle den Jünstlern entgegenzutreten, wie es sich eigentlich doch wohl von selbst verstanden hätte.

Jahrelang haben wir uns dann noch mit den Jünstlern in Berlin herumgeschlagen müssen, bis die kapitalistische Entwicklung im Steinfegergewerbe und die schärferen Wirkungen einer Anzahl vor: Gewerkschafts- und Sozialistenfreieren unter den Unter-

nehmern die einstmals entzweiten Brüder wieder zusammenschmiedeten. Eine Reihe von höchstem Erfolge gekrönter Kämpfe in Berlin sowohl wie auch außerhalb der geistigen Geburtsstätte des ehemaligen Steinfegerverbandes trugen dazu bei, daß die Jahre des einstigen Bruderkampfes schnell vergessen wurden. Nur ein kleines Häuflein war übriggeblieben, das großd und abseits stand, aber den Gang der Entwicklung nicht mehr aufzuhalten vermochte, ja nicht einmal mehr den Versuch dazu gemacht hat. Der Jungfingergedanke war doch ein für allemal in Stettin — vor 40 Jahren — begraben worden.

Wir haben aber den alten Bau damals nicht sinnlos zerstört, sondern auf dessen Fundamente haben wir unsere neue Gewerkschaft aufgebaut, die, das können wir ohne Ueberhebung sagen, so lange sie bestanden hat, für ihre Mitglieder und weit darüber hinaus für die Gesamtheit der Berufsangehörigen Mustergültiges geleistet hat — eine Gewerkschaft, die hinsichtlich ihrer wirtschaft-

Recke hoch deine Faust

Einmal schon haben sie dich betrogen, in den Krieg geschickt und hinein in den Tod. Zum Dank dafür hat man dir abgezogen die Rente und nahm dir die Butter vom Brot.

Man hat mit der Butter Herrn Hitler bestrichen, schön braun wurde er von deinem Fett; doch noch gehört es nicht zum Unabänderlichen, daß er auch schlafte in deinem Bett.

Denn noch ist es Zeit, den Herren zu jagen: Macht Krieg, wenn ihr wollt, aber ohne mich. Noch kannst du die Herren zum Teufel jagen. Wenn du nur willst, dann können sie dich ...

Alle und kreuzweis. Die Herren von gestern. Ihre Zeit ist vorbei. Vorbei die Geduld, mit der du ertragen, daß sie dich lästern, übervoll ist schon lange das Maß ihrer Schuld.

Zu lange schon hat man Verleumdung geschrien und Terror geübt gegen dich Arbeitsmann. Sie haben deine Brüder bespottet, jetzt ist es genug, Arbeitsmann, rüde an.

Recke hoch deine Faust und lasse ertönen den Freiheitsruf, schrei ihn den Gegnern ins Ohr. Nicht mehr soll ihr Geißel dein Eisern verhöhnern. Tritt an Kamerad: Der Freiheit ein Tor.

Tritt an und marschiere; denn marschierst du nicht heute, trittst du schon morgen für sie in den Krieg. Für sie warst du immer nur billige Beute: trittst das Gefindel! Und hol dir den Sieg!



lichen Erfolge in all den Jahrzehnten ihres Bestehens mit an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung marschiert ist.

Aus der Geschichte sollen wir lernen; man sagt, daß die Geschichte die beste Lehrmeisterin ist. Nun wohl: wer die Geschichte der Steinfegerbewegung mit offenen Augen verfolgt, der findet, daß sie in den Jahren, als man noch nicht von der „Einheitsfront“ redete, sie aber tatsächlich hatte, da die Gewerkschaftsbewegung einzig und geschlossen war, die Steinfegerbewegung ihre größten Erfolge aufzuweisen gehabt hat, ja daß sie geradezu unüberwindlich gewesen ist, selbst den stärksten und raffiniertesten Angriffen gegenüber.

Vielleicht ist es an der Zeit, heute wieder einmal daran zu erinnern ... A. KNOI.

Kollegen, merkt euch das!

Nazis gestehen, daß sie auch nicht helfen können.

Vor der Wahl, ja, da versprachen die Nazis ihren Wählern das Blaue vom Himmel. Der Hausbesitzer sollte höhere Einnahmen haben, und gleichzeitig sollten die Mieten herabgesetzt werden. Die Preise sollten steigen und doch sollte es billiger werden. Was der Wähler hören wollte, das wurde ihm von den Nazis versprochen. So war es vor den Preußenwahlen, so tönt es auch jetzt wieder aus dem Munde der Nazisredner. Und darum wollen wir uns merken, was eine der Nazizeitungen nach der Wahl geschrieben hat.

Vier Tage nach den Preußenwahlen, am 28. 4. 1932, schrieb das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“:

„Ein Volk, das durch einen Krieg bitter arm geworden ist, kann auch durch einen Regierungswechsel nicht von heute auf morgen wieder reich werden. Von Wohlbehagen und ähnlichen Dingen wird auch in den nächsten Jahren nicht die Rede sein können. Unser Kampf ging nicht und geht nicht um die wirtschaftliche Besserstellung einzelner Menschen oder einzelner Klassen. Daran soll jeder denken, wenn er in den nächsten Monaten seine Wünsche unerfüllt sehen muß.“

Also: die Nazis wissen auch keinen Ausweg und können uns auch nicht helfen. Ja, sie geben offen zu, daß sie es gar nicht wollen und daß die wirtschaftliche Besserstellung der notleidenden Schichten des Volkes ihnen schnurz und pippe ist. Daran sollte jeder denken, der am 31. Juli zur Wahlurne schreitet.

Steuerdemagogie der Nazis

Die Nazis haben im Preußischen Landtag einen Antrag zur Neu-
regelung der Einkommensteuer eingebracht. Dieser Antrag sah vor:

1. Die Jahreseinkommen bis zu 3000 Mark von der Einkommensteuer zu befreien. 2. Die Jahreseinkommen über 46 000 Mk. zu 80 v. H. wegzuführen. Dieser Antrag ist einer skrupellosen Wahldemagogie entsprungen. Die Entscheidung über derartige Dinge fällt nicht in dem Parlament eines Gliedstaates, sondern im Reichstag. Wenn der Naziantrag durchgeführt würde, dann ergäbe sich folgendes:

Würden alle Einkommen bis zu 3000 Mark jährlich von der Einkommensteuer befreit, so sind 86 v. H. aller Einkommen- und Lohnsteuerpflichtigen steuerfrei. Ein Steueranfall von 1100 Millionen ist die Folge. Durch Wegsteuerung von 80 v. H. der über 46 000 Mark hinausgehenden Einkommen würde dieser Ausfall bestenfalls um 400 Millionen ausgeglichen. Es würden 700 Millionen Mark Einnahmen fehlen.

Bei einem solchen Ausfall an Steuergeldern müssen die Arbeitslosen auf ihre kärgliche Unterstüttung verzichten. Das Elend würde also noch wesentlich verschärft. Man hätte aber erreicht, daß die Forderung der Nazis zur Wahrheit werde, die ihr Theoretiker Gottfried Feder in den Erläuterungen des Parteiprogramms der NSDAP wie folgt formuliert hat:

„Es ist nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen auf Staatskosten zu ernähren.“

„Dieses System“ und der Wohnungsbau

Mit dem politischen Schlagwort vom „System“ will die vereinigte Reaktion von der Wirtschaftspartei bis zu den Nazis offenbar einer Staats- und Wirtschaftsordnung ohne System das Wort reden. Der Kampf gegen die sozial verantwortliche Wohnungspolitik der Länder und Gemeinden in der Nachkriegszeit ist daher in der Tat ein Kampf gegen die Systematik in der Bau- und Wohnungswirtschaft geworden. Eine verfallene, im Dienst der Privatwirtschaft stehende „Wissenschaft“ versucht nachzuweisen, daß das sogenannte „freie Spiel der Kräfte“ gerade infolge der „lebendigen Wirkungen der freien Konkurrenz“ noch immer für ausreichende Deckung des notwendigen Bedarfs zu sorgen gewußt habe. Wenn auf irgendeinem volkswirtschaftlichen Gebiet dieser Nachweis als völlig gescheitert anzusehen ist, dann auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft. Wir brauchen nur an die sogenannten Gründerjahre nach 1870/71 zu erinnern, wo das System der Mietkaserne zur Herrschaft kam, das ganzen Generationen Leib und Seele vergiftet hat. Aber war diese Wirtschaftsmethode wenigstens eine vom kapitalistischen Standpunkt aus wohlgeordnete Angelegenheit? Sehen wir zu.

Eine Denkschrift über den Bauwindel jener Tage, die der Abgeordnete Drügemüller am 2. Februar 1931 im Preußischen Landtag zur Verlesung brachte, enthält eine amtliche Statistik, die über die Zeit von 1909 bis 1911 berichtet. Gebaut wurden damals in den 48 Gemeinden Groß-Berlins 6962 Gebäude mit einem Bauwert von 1150 Millionen Mark. Von diesen rund 7000 Gebäuden gingen damals rund 3000, das sind 41 v. H., in die Wege! Die Verluste in diesen 3 Jahren betrugen rund 20,5 Millionen Mark. Insgesamt betrugen die gefährdeten Forderungen in jenen drei Jahren rund 50 Millionen Mark.

Das war also die so viel gelobte „solide“ Privatwirtschaft, nach der heute die Handwerksmeister und kleinen Unternehmer im Bunde mit den Industriebossen großen und größten Formats schreien. Aber wer waren denn die Dummen bei jener „soliden“ Wirtschaftsweise? Eben jene kleinen Maurer- und Zimmermeister, Maler- und Klempnermeister! Nach den Feststellungen Drügemüllers meldeten in den Jahren 1909 bis 1911 2384 Berliner Bauhandwerker und Lieferanten 9289 Verluste an. Diese Verluste erstreckten sich in der Hauptache auf Handwerksmeister, die 2000 bis 5000 Mark zu fordern hatten.

Das Berliner Polizeipräsidentium verzeichnete damals 921 Unternehmer, denen die Zulassung abgeprochen werden mußte. 204 dieser unzuverlässigen Kantonsisten nannten sich Bauunternehmer, 66 Kaufleute, 16 Gastwirte usw. Auch der ganze übrige Rest bestand aus Vertretern des sogenannten „soliden, braven“ Bauhandwerks.

Es kann also nicht bestritten werden, daß schwindelhafte Wirtschaftsweisen, Zusammenbrüche und Tragödien aller Art der „freien“ Wirtschaft wie ein Schatten folgen, unabhängig von der Berufstätigkeit, unabhängig auch davon, ob die Konjunktur gut oder schlecht ist.

Warum konnte das private Unternehmertum die wohnungswirtschaftlichen Aufgaben der Nachkriegszeit nicht erfüllen? Weil dem privaten Unternehmer auf Grund sehr vernünftiger gesetzlicher Bestimmungen nur dann öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden dürfen, wenn er sich verpflichtet, jede spekulative Verwertung der Häuser zu unterlassen. Denn es geht ja in der Regel nicht um Erstellung und Verwaltung, sondern um die Erstellung und den Weiterverkauf der Wohngebäuden. Daher muß der private Bauunternehmer seinen Gewinn schon aus dem Bau selbst zu ziehen suchen, womit das Bauen, d. h., also die Wohnungsmiete, ungebührlich verteuert wird. Daß bei dieser Sachlage nur gemeinnützige Baugesellschaften und -genossenschaften für die massenhafte Herstellung von Wohnungen in Betracht kommen, liegt auf der Hand. Wenn der demokratische Volksstaat ähnlich wie sein monarchistischer Vorgänger das gewaltige Konjunkturfeld des Wohnungsbaues dem Spekulantentum als Tummelplatz ausgeliefert hätte, wäre die Mietkaserne der Vorkriegszeit zweifellos in noch weit schlimmerer Form wiedergekehrt. Es war das große Verdienst des „Systems“, durch die planmäßige Förderung des gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsbaues ein nationales Unglück verhindert zu haben.

Was hat der gemeinnützige Wohnungsbau geleistet? In Wohnungsziffern ausgedrückt, sieht die Leistung der öffentlichen gemeinnützigen Bautätigkeit so aus:

Jahr	Wohnungen	Jahr	Wohnungen
1919	56 714	1927	288 635
1920/23	502 263	1928	309 762
1924	106 502	1929	317 682
1925	178 930	1930	310 971
1926	205 793	1931	240 000

Zusammen: 2 517 252

Braucht über die Fortschrittlichkeit und soziale Verantwortung der gemeinnützigen Wohnungsbauweise noch ein Wort gesagt werden? Ein Gang durch die Stellungen am Rande der Städte gibt hinreichende Antwort. Wer nicht hoffnungslos in den wirtschaftlichen und kulturellen Vorstellungen vergangener Zeiten verarrt ist, kann nur angesichts der weiten Grünflächen, der Kinderspielfläche, der durchsonnten Wohnungen mit Bad und Querlüftung freudig ja sagen! Die hohen Mietpreise sind nicht die Folgen einer aufwendigen Bauweise, sondern der hohen Zinsen für die aus dem freien Kapitalmarkt aufgenommenen Baugelder. Hier, nicht bei der Wohnungsgröße und Ausstattung, hat die Arbeit um Herabsetzung der Mietpreise einzusetzen; denn bei der Kleinwohnung sind wir bereits angelangt. Sollen wir noch die Millionenwohnungen erleben? „Dieses System“ wird sich dagegen mit aller Kraft zur Wehr setzen, es sei denn, daß das Volk mit seinem Stimmzettel am 31. Juli seine Sympathie für die Mietkaserne zum Ausdruck bringt.

G. Kfm.

* Geschichte der Steinfegerbewegung, Bd. II, und Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter, Band III.

Rundschau

Auf dem Wege zur Arbeitsdienstpflicht? Die politische Reaktion in Deutschland bereitet entscheidende Schritte auf verschiedenen Gebieten vor. In einer Verordnung vom 18. Juli ist der freiwillige Arbeitsdienst in der neuen Fassung dem deutschen Volke verkündet worden. Am 18. Juli ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Dr. S y r u zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt worden. Mit der Ernennung dieses Mannes ist den Nationalsozialisten vorläufig ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Diese beabsichtigen durch einen Kommissar aus ihren Reihen den freiwilligen Arbeitsdienst in die Arbeitsdienstpflicht zu verwandeln und aus dieser neuen Institution eine Zucht- und Drillanstalt zu machen.

Nach der Verordnung soll der freiwillige Arbeitsdienst bestehen bleiben und dem jungen Deutschen die Gelegenheit geben, „zum Nutzen der Gesamtheit“ in gemeinsamen Diensten freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen. Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes sollen gemeinnützig und zusätzlich sein. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften und Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Die Träger des Dienstes sollen Vereinigungen sein, die sich für die Betreuung des Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitslohnes.

Wenn man es so hört, möchte es leidlich scheinen! Aber die Adelsregierung hat dieser Verordnung eine Erklärung beigegeben, in der sie ausführt, daß diese Einrichtung weiter ausgebaut werden soll, worauf es wörtlich heißt: „Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten.“ Hier liegt der Hase im Pfeffer. Die Arbeitsdienstpflicht scheint das Ziel dieser Regierung zu sein. Wenn sie beim freiwilligen Arbeitsdienst verbleiben würde, dann wäre u. E. ein Gutachten über die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht nicht notwendig. Es ist also ernste Gefahr im Verzuge. Diesen Bestrebungen mit allen Mitteln sich entgegenzusetzen, ist Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse. Was in diesen Tagen verfaumt wird, ist niemals wieder gut zu machen. Am 31. Juli entscheidet das stimmberechtigte Volk auch darüber, ob eine deutsche Jugend hinfort in einer Zuchtanstalt, Arbeitsdienstpflicht genannt, von rachsüchtigen Elementen geschunden und getreten werden soll.

Ein mißglücktes Experiment. Die Regierung Papen-Gaull hat sich am 18. Juli entschließen müssen, ein allgemeines Demonstrationsverbot zu erlassen. Damit hat die Adelsregierung selbst erkannt, daß sie mit der Aufhebung des SA-Verbotes einen schweren Fehler begangen hat. Hitler und seine Vertrauten hatten mit großem Pathos in öffentlichen Versammlungen angekündigt, daß sie die SA bewaffnen würden, falls die Regierung ihnen nach verschiedenen Richtungen hin nicht gefällig sei. Die Drohung mit der Bewaffnung der SA und der Abrechnung mit den Gegnern, die derart geführt werden sollte, daß man davon noch nach tausend Jahren sprechen würde, hat auf die Anhänger der Eisernen Front nicht die geringste Wirkung gehabt. Kaltblütig wurde erwidert, daß der bewaffnete Aufstand gegen die organisierten Arbeitermassen mit entsprechenden Gegenmitteln beantwortet würde. Inzwischen häuften sich die Zusammenstöße zwischen den braunen Horden und ihren Gegnern. In einigen Städten ist es zu richtigen Straßenschlachten mit vielen Opfern gekommen. Die Reichsregierung hat sich daraufhin zum Verbot von Aufmärschen entschlossen. Es ist aber eine Unwahrheit, wenn die Papen-Regierung versucht, es so hinzustellen, daß die Zusammenstöße und Provokationen in erster Linie von kommunistischer Seite herbeigeführt worden seien. Würden die braunen SA-Hornden seit Wochen nicht die Straßen unfrisch machen, gäbe es keinen Bürgerkrieg mit seinen furchtbaren Folgen. Durch das Demonstrationsverbot hat sich die Regierung der Hitlerbarone stillschweigend zu dem Eingeständnis bequemen müssen, daß sie mit der Aufhebung des SA-Verbotes auf dem falschen Wege waren. Das arbeitende Volk Deutschlands sollte durch einiges und geschlossenes Zusammenstehen dafür sorgen, daß den braunen Mordgehilfen die Luft zum Ständelieren und Schießen bald vergeht. Der 31. Juli kann ein Anfang zur Befreiung von einer widerwärtigen Besetzung sein.

Die deutsche Sozialversicherung schlimmer als Alkohol und Syphilis. Der Verfasser der Regierungserklärung des Reichsenkabinets gegen den Wohlfahrtsstaat hat bei Abfassung seiner Kampfschrift gegen die „moralische Zermürbung des deutschen Volkes“ offenbar eine geistige Anleihe bei einem Stahlhelm-Schrittsteller gemacht. Herr Gustav Harz, der zu den regelmäßigen „sozialpolitischen Mitarbeitern“ des „Stahlhelms“ gehört, der Zeitung jener reaktionären Vereinigung, die sich „Bund der Frontsoldaten“ nennt, gab im Jahre 1928 durch den deutschnationalen Scherl-Verlag des Herrn Hugenberg das Buch „Zur Wege der deutschen Sozialpolitik“ heraus. In diesem Pamphlet gegen die deutsche Sozialversicherung verteidigt sich der biedere Stahlhelmann in einem Wutanfall zu folgenden hanebüchenen Behauptungen:

Wir Europäer haben die zahlreichen Paradiese der Erde fast restlos zerstört durch unsere Ziviltation. Dazu dienen uns... in erster Linie Alkohol und Syphilis. Nach meiner Ueberzeugung könnten wir ein glückliches Naturvolk aber auch dadurch verderben, daß wir ihm die sozialen Versicherungen aufzwängen. Nur würde dabei der Niedergang etwas langsamer vor sich gehen.

Die Sozialversicherung ebenso schädlich für die Menschheit wie Alkohol und Syphilis — das will schon was heißen! Und weshalb ist die Sozialversicherung so gemeingefährlich? Weil sie, nach des braven „Stahlhelm“-Schreibers Auffassung, die Versicherten „zum Betrug verleitet, zur Verantwortungslässigkeit und Bequemlichkeit erzieht, Kranke züchtet, Neurosen und Hypochondrium erzeugt, kurz zur moralischen Verklumpung und körperlichen Schwächung unseres Volkes führt“.

Kriegsopfer, Arbeitsinvaliden, Sozialrentner, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, gebt den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen auf diese Beschimpfung und Beleidigung eurer Menschenwürde die richtige Antwort. Kämpft für den Wohlfahrtsstaat der Millionen, kämpft gegen den Subventionsstaat der Millionäre! Heraus zur Wahl! Wählt Sozialdemokraten — Liste 1!

Die Prinzenpartei. Der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-Partei Adolf Hitlers gehören als Mitglieder oder Freunde folgende Schwerstarbeiter an:

Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen, Prinz August Wilhelm von Preußen, Herzog Eduard von Coburg, Prinz Friedrich von Schaumburg-Lippe, Prinz Friedrich von Waldeck, Prinz Arenberg, Prinz Franz von Thurn und Taxis, Prinzessin von Meiningen, Prinzessin Reuß, Erbprinz Leopold von Coburg, Prinz Alexander von Preußen, Fürst Starhemberg, Fürst Eulenburg-Liebenberg, Graf von Reventlow, Graf Scherwin, Graf Sprei, Graf Hellborn, Graf Solms-Laubach, Graf von Kleist, Graf v. Moulins-Edart, Graf Reichsch, Freiherr von Elz-

Rübenach, Freiherr von Wangerheim, Freiherr von der Goltz, Freiherr von Butlar, Großgrundbesitzer von Heinhövel, Großgrundbesitzer von Corswant-Cunhow, General von Lisman, General von Liebert, General Ritter von Epp, General Freiherr von Geislingen, Oberst Hertz, Oberst Hagemeyer.

Im vergangenen Reichstag waren die Nationalsozialisten mit 107 Abgeordneten vertreten, davon waren 33 Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute, 31 höhere und mittlere Beamte, 19 Anwälte, Ärzte und freie Berufe, 9 pensionierte Offiziere, 8 Angestellte und nur 7 Arbeiter.

Im neu gewählten Bayerischen Landtag sitzen 43 nationalsozialistische Abgeordnete. Ein einziger davon ist Arbeiter; auch das neu gewählte oldenburgische Parlament hat unter 19 nationalsozialistischen Abgeordneten nur einen Arbeiter aufzuweisen.

Kein Wunder, daß dieser Partei die wieder erlaubte Katastrophen wichtiger ist als die Unterfütterung der Arbeitslosen und als die Renten der Kriegsoffer, deren Kürzung durch die letzte Notverordnung sie infolge ihrer Lotterieringspolitik ermöglichten.

Bekanntmachung des Vorstandsvorstandes

Die Angleichung der staatlichen Unterfütterungssätze in der Alt- und Neufassung, durch die bekannte Notverordnung der Papen-Regierung, macht auch eine Veränderung der Bestimmungen über die Verwendung von beitragsfreien Erwerbslosenmarken in unserem Verbands notwendig. Die neuen Verbandsbestimmungen lauten:

1. Ab 1. August d. J. dürfen beitragsfreie Marken nur nach ununterbrochener 52wöchiger Erwerbslosigkeit und entsprechender Leistung der 20-W-Beiträge verwendet werden.
2. Im Anschluß an erneute Beschäftigung, während der die vollen Beiträge zu leisten sind, sind jenes Wochen Erwerbslosenmarken zu 20 W zu lösen, wie die Beschäftigung gebauert hat. Nach Ablauf dieser Zeit können dann wieder beitragsfreie Marken gestellt werden.

Den Zahlstelleneverwaltungen ist bereits im Laufe der verflossenen Woche ein entsprechendes Rundschreiben zu Obigem, mit praktischen Beispielen erläutert, übermittelt worden.

An die noch ausstehenden Abrechnungen vom 2. Vierteljahr wird dringend erinnert.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Versammlungen: Sonnabend, 30. Juli In Essen um 19.30 Uhr bei Becker, Schwantentamp.

Gesperri: Köln, Schlawa, Stolp und Kolberg Streit wegen Lohnunterschieden im Steinergewerbe.

In Fürstenwalde a. d. Spree Streit bei der Firma W. Kuhlsbrodt-Berlin, Baustelle: Provinzialstraße Herzfelde.

In Stade haben die Firmen der Marmor- und Grabmalbranche H. Meyer (Inhaber G. u. E. Meyer) und H. Bätze u. Sohn unsere Kollegen wegen Lohnunterschieden ausgesperrt. Zugang muß unterbleiben.

In Zwidau Streit der Steinmehlen. Steinmehlen und Steinbildhauer meiden jeden Zugang nach dem Freistaat Sachsen.

In Weihen-Riesenstein Streit im Granitsteinbruch der Firma Karl Hirsch; diese will den Affordpreis um 12 Prozent unter den Vorkriegspreis drücken. Brecher und Bossierer meiden deshalb die Firma.

In Weihenfels die „Werkstätten für Friedhofskunst“, Otto Schleichan, Inh. Otto Sack, wegen Nichtbezahlens des Tariflohnes.

Wir warnen alle Kollegen, bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachzuzufahren. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erkundigung eingeholt werden.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Neue Bücher und Zeitschriften

Ein Buch am Friedrich Engels. Die Welt steht mit Ehrfurcht zu den großen Männern der Geschichte auf, sie bewundert die starken Kampferkämpfer, und bedauert die Nachachtung, die sie ihnen, die bis zu ihr Lebensende ihrer Sache treu bleiben, auch wenn diese Treue mit unendlichen Opfern verbunden ist. Das die meisten dieser Männer so großes leisten konnten, weil ihre Frauen ihnen dabei tapfere Kameraden und Helferinnen waren, das wird nur allzu oft übersehen. Schon deshalb ist es zu begrüßen, daß Walter Victor der irischen Textilarbeiterin Mary Burns, der Lebensgefährtin Friedrich Engels', ein literarisches Denkmal gesetzt hat, das liegt unter dem Titel „General und die Frauen“ als Werkbeilage bei der Buchvergabe „General und die Frauen“ ist. Nur wenige wissen von dieser einzigartigen Frau und ihrer Schmeißer Maria, und doch waren es diese beiden weiblichen Wesen, die durch den Einfluß alles dessen, was sie zu geben hatten, dazu beitragen, aus Friedrich Engels den Mann zu machen, als der er in der Geschichte weiterlebt; zu einem Mitgründer und Vorkämpfer des modernen Sozialismus. Walter Victor's Buch ist nun alles andere als eine Biographie, als ein historisches Werk. So sehr es sich auf historisches Material, zusammengetragen in genauer und intensiver Arbeit, stützt, so sehr ist es ein dichtend geformtes Werk geworden, ein hymnisches Gedicht in Prosa. Wer da glaubt, die Privatgeheimnisse eines intimen Lebens würden in diesem Buch ausbreitet, der irrt sich sehr. „General und die Frauen“ ist auch in dieser Art ein durchaus sozialistisches Buch: es zeigt die Menschen stets im Zusammenhang mit ihrer Zeit, ihrer Klasse und ihrer historischen Bedeutung. Vielen, denen der Marxismus ein totes Wort ist, weil sie nicht ahnen, welche Fülle von Leben und Kraft in dieser Idee hegt, wird durch dieses hübsch ausgestattete Büchlein eine Tür zum Verständnis geöffnet, weil dieses Buch von Menschen erzählt, denen der Marxismus nicht nur eine Theorie, sondern praktisches Leben bedeutet hat. „General und die Frauen“ wird nur als Prämie für die Werbung eines neuen Mitglied abgegeben. Es ist zu wünschen, daß die Büchergilde durch diese Werbepremie viele tausend neue Mitglieder bekommt und daß umgekehrt viele tausend dieses Buch nicht nur wegen seines Prämiencharakters und wegen seiner vorbildlich schönen Ausstattung lieb gewinnen, daß sie es vielmehr bei sich tragen als ein Brevier des Sozialismus.

Inhold: Augen auf, Buntel auf! — 10 Gebote für Gläubiger zur schnellsten, sichersten und billigsten gerichtlichen Eintreibung überfalliger Außenstände. Einführungsschrift mit genauen Erläuterungen für den praktischen Gebrauch der Formulare 80 Pfennig, die Formulare werden extra nach Stiefelpreisen berechnet. Erschienen im Alfred-Mehner-Verlag, Berlin SW 61, Göttinger Straße 109.

Kampf dem Betriebskassismus! Von Herbert Dewald. Verlag F. H. M. Dieckhoff, Berlin SW 68, 16 Seiten. Preis 10 Pfennig.

Die vorliegende Schrift gibt an Hand von authentischem Material eine Uebersicht des Betriebsüberberungsplanes der Nazis. Je aufmerksam jeder Gewerkschafter die Schrift liest, desto klarer wird er die darin aufgeführten Gefahren erkennen und sich durch den Massenvertrieb der Schrift für die Bekämpfung dieser großen Gefahren einfehen.

Anzeigen

Pflasterhämmer aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Jedem Szenen: Freiheitspfeile tragen! Der Nazi muß die Segel streichen, Vorwärts! Tragt Freiheitspfeile-Zeichen!

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
Groschlattengrün. Am 17. Juni der Brecher Joseph F ü r s t, 60 Jahre alt, tödlicher Betriebsunfall.
Gera. Am 12. Juli der Hilfsarbeiter Louis F ö d i s c h, 57 Jahre alt, 6 Monate krank, Gehirnhautentzündung.
Kindisch. Am 13. Juli der Brecher Ernst H e r o l d, 55 Jahre alt, Lungenschlag.
Hütten (Bezirk Dresden-Pirna). Am 14. Juli der Sandsteinschlepper Walter F i c h t e, 36 Jahre alt, 6 Monate krank, Lungentuberkulose.
Steinach. Am 19. Juli der Grifflmacher Luthardt F r i e d r i c h, 62 Jahre alt, 4 Jahre krank, Lungentuberkulose.

EHRE IHREMAN DENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Stebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Adressenänderungen

7. Gau: Litzling. Vor.: Joseph Engelmeier, Stadt, Post: Salzenburg (Niederbayern). — Kalteneck. Kaiserer: Wih. Friedl, Oberprag, Post: Köhrnbach (Niederbay.).
9. Gau: Buchenau. Kass.: Jakob Fenner, Bahnhofsstraße 2.

Hauptkassach am 31. Juli!